

Interkantonale Vereinbarung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats (Interkantonale Übereinkunft über den Viehhandel vom 13. September 1943)

Vom 12. Juni 2014 (Stand 1. März 2016)

Die Kantone und das Fürstentum Liechtenstein

vereinbaren:

Art. 1

¹ Die Interkantonale Übereinkunft über den Viehhandel (Viehhandelskonkordat) vom 13. September 1943¹⁾ wird aufgehoben.

Art. 2

¹ Die Verteilung des Vermögens des Viehhandelskonkordats erfolgt

- a. zu 50% nach den je Kanton bzw. Fürstentum Liechtenstein einbezahlten Kautionsgebühren der Jahre 2002 bis 2012, und
- b. zu 50% nach der Anzahl Grossvieheinheiten je Kanton bzw. Fürstentum Liechtenstein gemäss offizieller Statistik des Bundes für das Jahr 2012.

² Der Anteil jedes Kantons bzw. des Fürstentums Liechtenstein ergibt sich aus dem Durchschnitt der Prozentsätze gemäss Absatz 1 lit. a und b.

³ Innert 60 Tagen seit Inkrafttreten dieser Vereinbarung werden aus dem Vermögen des Viehhandelskonkordats 4,5 Millionen Franken auf die Kantone und das Fürstentum Liechtenstein gemäss ihrem prozentualen Anteil verteilt. Das Restvermögen wird verteilt, sobald feststeht, dass keine Forderungen gegenüber dem Viehhandelskonkordat mehr bestehen.

⁴ Zuständig für den Vollzug von Absatz 3 ist der Vorort des Viehhandelskonkordats.

⁵ Die Kantone bzw. Fürstentum Liechtenstein melden dem Vorort des Viehhandelskonkordats die erforderlichen Angaben für die Überweisung.

Art. 3

¹ Für das Zustandekommen dieser Vereinbarung braucht es die Genehmigung des zuständigen Organs aller Kantone und des Fürstentums Liechtenstein.²⁾

1) BL: SGS [562.2](#), GS 19.63

2) Vom Landrat des Kantons Basel-Landschaft genehmigt am 27. November 2014.

² Die Kantone und das Fürstentum Liechtenstein informieren den Vorort des Viehhandelskonkordats unter Beilage des Beschlussprotokolls über ihren entsprechenden Beschluss.

³ Die Konferenz des Viehhandelskonkordats wird ermächtigt, nach Eingang der Genehmigungen der Kantone und des Fürstentums Liechtenstein das Zustandekommen dieser Vereinbarung festzustellen und den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Vereinbarung festzulegen.³⁾

3) Im Rahmen der 103. Konferenz des Viehhandelskonkordats am 10. Dezember 2015 unter Vorbehalt festgestellt und auf den 1. März 2016 in Kraft gesetzt (siehe Anhang 2). Gemäss Schreiben vom 24. Februar 2016 rechtskräftig zustandekommen (siehe Anhang 3). Beschlüsse der Kantone und des Fürstentums Liechtenstein siehe Anhang 4.

Änderungstabelle - Nach Beschluss

Beschluss	Inkraft seit	Element	Wirkung	Publiziert mit
12.06.2014	01.03.2016	Erlass	Erstfassung	GS 2016.015

Änderungstabelle - Nach Artikel

Element	Beschluss	Inkraft seit	Wirkung	Publiziert mit
Erlass	12.06.2014	01.03.2016	Erstfassung	GS 2016.015

Erlassstitel	Interkantonale Vereinbarung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats (Interkantonale Übereinkunft über den Viehhandel vom 13. September 1943)
SGS-Nr.	562.22
GS-Nr.	2016.015
Erlassdatum	12. Juni 2014 (LRV 2014-322 , vom Landrat genehmigt am 27. November 2014)
In Kraft seit	1. März 2016
> Übersicht Systematische Gesetzessammlung des Kantons BL	

Hinweis: Die Links führen in der Regel zum Landratsprotokoll (2. Lesung), woselbst weitere Links auf die entsprechende Landratsvorlage, auf den Kommissionsbericht an den Landrat und das Landratsprotokoll der 1. Lesung zu finden sind. > [Mehr](#)

Änderungen / Ergänzungen / Aufhebungen (chronologisch absteigend)

Datum	GS-Nr.	In Kraft seit	Bemerkungen

PROTOKOLL

der 103. Konferenz des Viehhandelskonkordats
vom 10./11. Dezember 2015 im Kanton Schwyz

Anwesend sind:

Vorstand	Regierungsrätin Susanne Hochuli, Präsidentin Regierungsrätin Esther Gassler
Vorort	Markus Notter, Sekretär Brigitte Mächler, Kassier
Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen	Dr. med. vet. Josef Schmidt, Vizedirektor Dr. Kaspar Jörgen, Mitglied Geschäftsleitung
Zürich	Dr. med. vet. Regula Vogel, Kantonstierärztin
Bern	Dr. med. vet. Reto Wyss, Kantonstierarzt Dr. med. vet. Norbert Stäuber, Stv. Kantonstierarzt
Luzern	Dr. med. vet. Otto Ineichen, Kantonstierarzt
Uri, Ob- und Nidwalden	Dr. med. vet. Andreas Ewy, Kantonstierarzt
Glarus	Dr. med. vet. Jakob Hösli, Kantonstierarzt
Zug	Gabriel Schwegler, Sachbearbeiter Viehhandel
Solothurn	Dr. med. vet. Doris Bürgi, Kantonstierärztin Dr. med. vet. Otto Maissen, Stv. Kantonstierarzt
Schaffhausen	Dr. med. vet. Peter Uehlinger, Kantonstierarzt
Appenzell AI/AR	Dr. med. vet. Sascha Quaile, Kantonstierarzt
St. Gallen	Dr. med. vet. Albert Fritsche, Kantonstierarzt Markus Jenni, Sachbearbeiter Viehhandel
Graubünden	Dr. med. vet. Rolf Hanimann, Kantonstierarzt
Aargau	Dr. med. vet. Erika Wunderlin, Kantonstierärztin
Thurgau	Dr. med. vet. Paul Witzig, Kantonstierarzt
Tessin	Dr. med. Tullio Vanzetti, Kantonstierarzt
Wallis	Dr. med. vet. Jérôme Barras, Kantonstierarzt
Neuchâtel	Dr. med. vet. Pierre-François Gobat, Kantonstierarzt

Jura	Dr. med. vet. Anne Ceppi, Kantonstierärztin
Liechtenstein	Dr. med. vet. Peter Malin, Landestierarzt
Schweiz.	Otto Humbel, Präsident
Viehhändlerverband	Peter Bosshard, Geschäftsführer

Traktanden

1. Begrüssung
2. Protokoll der 102. Jahreskonferenz vom 12. Juni 2014 im Kanton Solothurn
3. Jahresbericht 2014
4. Jahresrechnung 2014
5. Aufhebung des Viehhandelskonkordats:
 - Feststellung des Zustandekommens der Aufhebungsvereinbarung
 - Inkraftsetzung
 - Vollzug
6. Verschiedenes und Umfrage

1. Begrüssung

Die **Präsidentin** heisst die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zur 103. und wohl letzten Jahresversammlung des Viehhandelskonkordats im Kanton Schwyz herzlich willkommen. Sie begrüsst insbesondere Frau Regierungsrätin Esther Gassler, Vorstandsmitglied, Dr. Andreas Ewy, Kantonstierarzt der Urkantone, der – mit Unterstützung des Alt-Kantonstierarztes der Urkantone Dr. Sepp Risi – für die Organisation der diesjährigen Jahreskonferenz besorgt war. Die Präsidentin begrüsst im Weiteren vom Schweizerischen Viehhändlerverband den Präsidenten Otto Humbel und den Geschäftsführer Peter Bosshard sowie die Herren Dr. Josef Schmidt und Dr. Kaspar Jörger vom Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV).

Entschuldigt haben sich die Regierungsrätinnen und Regierungsräte Petra Steimen Rickenbacher (Schwyz), Yvonne von Deschwanden (Nidwalden), Damian Gisler (Uri), Thomas Weber (Basel Landschaft), Thomas Heiniger (Zürich), Laurent Favre (Neuenburg), Michel Rerat (Genf), Jacqueline de Quattro (Vaud), Lukas Engelberger (Basel Stadt), Marie Garnier (Fribourg), Stefan Müller (Appenzell Innerrhoden) sowie verschiedene Kantonstierärztinnen und Kantonstierärzte.

Es werden keine Einwände zur Traktandenliste erhoben.

2. Protokoll der 102. Jahreskonferenz vom 12. Juni 2014 im Kanton Solothurn

Das Protokoll wird genehmigt und verdankt.

3. Jahresbericht 2014

Der Jahresbericht 2014 wird genehmigt und verdankt.

4. Jahresrechnung 2014

Die Jahresrechnung 2014 wird genehmigt und verdankt.

5. Aufhebung des Viehhandelskonkordats

- **Feststellung des Zustandekommens der Aufhebungsvereinbarung**
- **Inkraftsetzung**
- **Vollzug**

Der **Sekretär** informiert über den Stand des Beitrittsverfahrens. Demnach haben 23 Kantone und das Fürstentum Liechtenstein der Aufhebung des Viehhandelskonkordats rechtskräftig zugestimmt. Im Kanton Waadt hat der Grosse Rat am 17. November 2015 der Aufhebung zugestimmt. Allerdings läuft noch die Referendumsfrist bis im Februar 2016. Im Kanton St. Gallen wurde die Aufhebung am 2. Dezember 2015 ebenfalls beschlossen. Auch hier läuft – bis gegen Ende Januar 2016 – die Referendumsfrist. Im Kanton Tessin wurde die Aufhebung am 23. November 2015 beschlossen. Die Referendumsfrist läuft bis 11. Januar 2016. Dies hat zur Konsequenz, dass das Zustandekommen und das Inkrafttreten der Aufhebungsvereinbarung nur unter Vorbehalt beschlossen werden kann (Ziffer 3 des Antrags).

Aufgrund dieser Verzögerungen hat der Vorstand die Anträge leicht modifiziert (den Teilnehmenden wird ein Dokument mit den modifizierten Anträge verteilt). Antrag 2 sieht neu eine Inkraftsetzung auf den 1. März 2016 (statt 1. Januar 2016) vor. In Antrag 2 wird zudem auch noch die Aufhebung des von der Konkordatskonferenz beschlossenen Reglements über die Kautionen im Viehhandel vom 16. Oktober 1944 beantragt. In Antrag 4.1 wird im Übrigen die Auszahlung des Konkordatsvermögens (Phase I) neu bis spätestens Ende März 2016 (statt Ende Februar 2016) vorgeschlagen.

In Bezug auf die hängigen Kautionsfälle informiert der **Sekretär**, dass die beiden den Kanton Zug betreffenden Kautionsfälle erledigt sind und keine Zahlungen des Viehhandelskonkordats auslösen. Der Fall im Kanton Jura dürfte sich ebenfalls erledigen, weil der Schuldner gemäss Auskunft des kantonalen Veterinärdienstes nie im Besitz eines Viehhändlerpatents war und somit auch nicht versichert sein kann. Die Abklärungen sind hier allerdings noch nicht abgeschlossen.

Die Konkordatskonferenz stimmt allen Anträgen einstimmig zu.

Beschluss:

1.

Das Zustandekommen der Interkantonalen Vereinbarung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats (Interkantonalen Übereinkunft über den Viehhandel vom 13. September 1943) wird festgestellt.

2.

Die Interkantonale Vereinbarung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats (Interkantonalen Übereinkunft über den Viehhandel vom 13. September 1943) wird auf den 1. März 2016 in Kraft gesetzt. Das Reglement über die Kautionen im Viehhandel vom 16. Oktober 1944 wird aufgehoben.

3.

Die Ziffern 1 und 2 gelten unter dem Vorbehalt, dass sämtliche Kantone und das Fürstentum Liechtenstein die Interkantonale Vereinbarung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats (Inter-

kantonalen Übereinkunft über den Viehhandel vom 13. September 1943) rechtskräftig ratifiziert haben.

4.

Der Vorort des Viehhandelskonkordats wird mit dem Vollzug wie folgt beauftragt:

- (1) Auszahlung des Konkordatsvermögens gemäss Anhang 2 spätestens per Ende März 2016.
- (2) Auszahlung des Restvermögens nach Begleichung der offenen Forderungen.
- (3) Genehmigung des Jahresberichts 2015 und der Jahresrechnung 2015 auf dem Zirkularweg bis spätestens Mitte 2016.
- (4) Schlussrevision auf dem Zirkularweg inklusive Erteilung der Décharge an den Vorstand und den Vorort.
- (5) Information der Kantone und des Fürstentums Liechtenstein über den Abschluss der Vollzugsarbeiten.

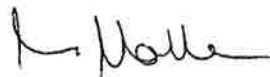
6. Verschiedenes und Umfrage

Auf ein entsprechendes Votum von Rolf Hanimann beschliesst die Konferenz, die Geschichte des Viehhandelskonkordats der Jahre 1993 – 2015, als Ergänzung zum bereits bestehenden Rückblick auf die historische und rechtliche Entwicklung des Konkordates aus dem Jahr 1993, noch aufarbeiten zu lassen und die dafür notwendigen finanziellen Mittel einzusetzen. Der Vorstand beziehungsweise der Vorort wird beauftragt, das Notwendige zu veranlassen.

Nach der Jahresversammlung begrüsst Kantonstierarzt Dr. Andreas Ewy die Teilnehmenden. Prof. Tobias Straumann referiert zum Thema "Viehhandel in der Innerschweiz: Ein historischer Rückblick". Das Bankett findet im Restaurant Rigi Kulm statt. Die Präsidentin Susanne Hochuli spricht zur Versammlung. Am zweiten Tag stehen die Fahrt nach Vitznau, eine Schifffahrt auf dem Vierwaldstättersee, der Besuch der Firma Victorinox in Brunnen sowie das Mittagessen im Restaurant "Waldstätterhof" auf dem Programm.

Aarau, 18. Dezember 2015

Für getreues Protokoll



Markus Notter, Sekretär

VIEHHANDELSKONKORDAT
CONCORDAT SUR LE COMMERCE DU BETAIL
CONCORDATO SUL COMMERCIO DEL BESTIAME

Vorort
Direction
Direzione

An die
dem Viehhandelskonkordat
angeschlossenen Kantone und
das Fürstentum Liechtenstein

Aarau, 24. Februar 2016

Interkantonale Vereinbarung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats (Interkantonalen Übereinkunft über den Viehhandel vom 13. September 1943)

Sehr geehrte Regierungsrätinnen und Regierungsräte
Sehr geehrte Staatsrätinnen und Staatsräte
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen

Ich darf Ihnen mitteilen, dass die Interkantonale Vereinbarung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats (Interkantonalen Übereinkunft über den Viehhandel vom 13. September 1943) rechtskräftig zustande gekommen ist. Die Aufhebung des Viehhandelskonkordats tritt gemäss Beschluss der Konferenz vom 10. Dezember 2015 am 1. März 2016 in Kraft.

In der Beilage lasse ich Ihnen die unterschriebene Fassung der Aufhebungsvereinbarung sowie eine Übersicht der Beschlüsse der Kantone und des Fürstentums Liechtenstein zuhanden Ihrer Akten zukommen.

Die Auszahlung der Anteile aus dem Konkordatsvermögen (Phase I) wird bis Ende März 2016 erfolgen. Die letzten Arbeiten werden im Verlauf dieses Jahres abgeschlossen und das nach Begleichung der offenen Forderungen verbleibende Restvermögen anschliessend ebenfalls verteilt (Phase II).

Ich danke Ihnen für die konstruktive Mitwirkung bei der Aufhebung des Viehhandelskonkordats.

Freundliche Grüsse

VIEHHANDELSKONKORDAT

Die Präsidentin



Susanne Hochuli
Regierungsrätin

Beilagen

- Interkantonale Vereinbarung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats (Interkantonalen Übereinkunft über den Viehhandel vom 13. September 1943) vom 12. Juni 2014 (unterzeichnete Fassung)
- Beschlüsse der Kantone und des Fürstentums Liechtenstein zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats

Kopie

- Kantonstierärztinnen und Kantonstierärzte sowie Landestierarzt des Fürstentums Liechtenstein

Interkantonale Vereinbarung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats (Interkantonalen Übereinkunft über den Viehhandel vom 13. September 1943)

Vom 12. Juni 2014

Die Kantone und das Fürstentum Liechtenstein

vereinbaren:

Art. 1

Die Interkantonale Übereinkunft über den Viehhandel (Viehhandelskonkordat) vom 13. September 1943 wird aufgehoben.

Art. 2

¹ Die Verteilung des Vermögens des Viehhandelskonkordats erfolgt

- a) zu 50 % nach den je Kanton bzw. Fürstentum Liechtenstein einbezahlten Kautionsgebühren der Jahre 2002 bis 2012, und
- b) zu 50 % nach der Anzahl Grossvieheinheiten je Kanton bzw. Fürstentum Liechtenstein gemäss offizieller Statistik des Bundes für das Jahr 2012.

² Der Anteil jedes Kantons bzw. des Fürstentums Liechtenstein ergibt sich aus dem Durchschnitt der Prozentsätze gemäss Absatz 1 lit. a und b.

³ Innert 60 Tagen seit Inkrafttreten dieser Vereinbarung werden aus dem Vermögen des Viehhandelskonkordats 4.5 Millionen Franken auf die Kantone und das Fürstentum Liechtenstein gemäss ihrem prozentualen Anteil verteilt. Das Restvermögen wird verteilt, sobald feststeht, dass keine Forderungen gegenüber dem Viehhandelskonkordat mehr bestehen.

⁴ Zuständig für den Vollzug von Absatz 3 ist der Vorort des Viehhandelskonkordats.

⁵ Die Kantone bzw. Fürstentum Liechtenstein melden dem Vorort des Viehhandelskonkordats die erforderlichen Angaben für die Überweisung.

Art. 3

¹ Für das Zustandekommen dieser Vereinbarung braucht es die Genehmigung des zuständigen Organs aller Kantone und des Fürstentums Liechtenstein.

² Die Kantone und das Fürstentum Liechtenstein informieren den Vorort des Viehhandelskonkordats unter Beilage des Beschlussprotokolls über ihren entsprechenden Beschluss.

³ Die Konferenz des Viehhandelskonkordats wird ermächtigt, nach Eingang der Genehmigungen der Kantone und des Fürstentums Liechtenstein das Zustandekommen dieser Vereinbarung festzustellen und den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Vereinbarung festzulegen.

Konferenz des Viehhandelskonkordats

Die Präsidentin



Susanne Hochuli
Regierungsrätin

Der Sekretär



Markus Notter

Beilage

- Beschlüsse der Kantone und des Fürstentums Liechtenstein zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats

**VIEHHANDELSKONKORDAT
CONCORDAT SUR LE COMMERCE DU BETAIL
CONCORDATO SUL COMMERCIO DEL BESTIAME**

Vorort
Direction
Direzione

22. Februar 2016

**Interkantonale Vereinbarung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats (Interkantonalen Übereinkunft über den Viehhandel vom 13. September 1943) vom 12. Juni 2014;
Beschlüsse der Kantone und des Fürstentums Liechtenstein zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats**

	Kanton	Beschluss
1	Aargau	Regierungsratsbeschluss vom 24. Juni 2015
2	Appenzell Innerrhoden	Grossratsbeschluss vom 24. Oktober 2014
3	Appenzell Ausserrhoden	Beschluss des Kantonsrats vom 27. Oktober 2014
4	Bern	Regierungsratsbeschluss vom 13. Mai 2015
5	Basel Landschaft	Landratsbeschluss vom 27. November 2014
6	Basel Stadt	Regierungsratsbeschluss vom 19. August 2014
7	Fribourg	Verordnung Staatsrat vom 2. Dezember 2014
8	Genève	Ratification du Conseil d'Etat du 17 septembre 2014
9	Glarus	Regierungsratsbeschluss vom 9. September 2014
10	Graubünden	Regierungsratsbeschluss vom 30. September 2014
11	Jura	Arrêté du Parlement du 28 janvier 2015
12	Luzern	Kantonsratsbeschluss vom 22. Juni 2015
13	Neuenburg	Décret du Grand Conseil du 1 ^{er} septembre 2015
14	Nidwalden	Landratsbeschluss vom 4. Februar 2015
15	Obwalden	Kantonsratsbeschluss vom 12. März 2015
16	St. Gallen	Kantonsratsbeschluss vom 2. Dezember 2015
17	Schaffhausen	Kantonsratsbeschluss vom 16. Februar 2015
18	Solothurn	Kantonsratsbeschluss vom 10. Dezember 2014
19	Schwyz	Kantonsratsbeschluss vom 22. April 2015
20	Tessin	Decreto del Gran Consiglio de 23 novembre 2015
21	Thurgau	Regierungsratsbeschluss vom 16. Dezember 2014
22	Uri	Landratsbeschluss vom 19. November 2015
23	Vaud	Arrêté du Conseil d'Etat du 10 février 2016
24	Wallis	Beschluss des Grossen Rats vom 27. April 2015
25	Zug	Kantonsratsratsbeschluss vom 27. August 2015 (Ablauf Referendumsfrist 3. November 2015)
26	Zürich	Beschluss des Kantonsrats vom 2. März 2015
27	Fürstentum Liechtenstein	Beschluss der Regierung des Fürstentums Liechtenstein vom 9. Dezember 2014

**VIEHHANDELSKONKORDAT
CONCORDAT SUR LE COMMERCE DU BETAIL
CONCORDATO SUL COMMERCIO DEL BESTIAME**

Vorort
Direction
Direzione

22. Februar 2016

**Interkantonale Vereinbarung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats (Interkantonalen Übereinkunft über den Viehhandel vom 13. September 1943) vom 12. Juni 2014;
Beschlüsse der Kantone und des Fürstentums Liechtenstein zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats**

	Kanton	Beschluss
1	Aargau	Regierungsratsbeschluss vom 24. Juni 2015
2	Appenzell Innerhoden	Grossratsbeschluss vom 24. Oktober 2014
3	Appenzell Ausserhoden	Beschluss des Kantonsrats vom 27. Oktober 2014
4	Bern	Regierungsratsbeschluss vom 13. Mai 2015
5	Basel Landschaft	Landratsbeschluss vom 27. November 2014
6	Basel Stadt	Regierungsratsbeschluss vom 19. August 2014
7	Fribourg	Verordnung Staatsrat vom 2. Dezember 2014
8	Genève	Ratification du Conseil d'Etat du 17 septembre 2014
9	Glarus	Regierungsratsbeschluss vom 9. September 2014
10	Graubünden	Regierungsratsbeschluss vom 30. September 2014
11	Jura	Arrêté du Parlement du 28 janvier 2015
12	Luzern	Kantonsratsbeschluss vom 22. Juni 2015
13	Neuenburg	Décret du Grand Conseil du 1 ^{er} septembre 2015
14	Nidwalden	Landratsbeschluss vom 4. Februar 2015
15	Obwalden	Kantonsratsbeschluss vom 12. März 2015
16	St. Gallen	Kantonsratsbeschluss vom 2. Dezember 2015
17	Schaffhausen	Kantonsratsbeschluss vom 16. Februar 2015
18	Solothurn	Kantonsratsbeschluss vom 10. Dezember 2014
19	Schwyz	Kantonsratsbeschluss vom 22. April 2015
20	Tessin	Decreto del Gran Consiglio de 23 novembre 2015
21	Thurgau	Regierungsratsbeschluss vom 16. Dezember 2014
22	Uri	Landratsbeschluss vom 19. November 2015
23	Vaud	Arrêté du Conseil d'Etat du 10 février 2016
24	Wallis	Beschluss des Grossen Rats vom 27. April 2015
25	Zug	Kantonsratsratsbeschluss vom 27. August 2015 (Ablauf Referendumsfrist 3. November 2015)
26	Zürich	Beschluss des Kantonsrats vom 2. März 2015
27	Fürstentum Liechtenstein	Beschluss der Regierung des Fürstentums Liechtenstein vom 9. Dezember 2014

PROTOKOLL DES REGIERUNGSRATS

Sitzung vom 24. Juni 2015

Versand: 1. Juli 2015

Regierungsratsbeschluss Nr. 2015-000713

Interkantonale Vereinbarung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats (Interkantonale Übereinkunft über den Viehhandel vom 13. September 1943); Genehmigung; Grossratsbeschluss über die Ausübung des Viehhandels; Vollziehungsverordnung über die Ausübung des Viehhandels; Aufhebung; Einführungsgesetz zum Tierseuchengesetz (EG TSG; Verordnung über den Bezug von Patent- und Umsatzgebühren im Viehhandel; Änderung; Verabschiedung und Inkraftsetzung; Ermächtigung an Departement Gesundheit und Soziales; Auftrag an Rechtsdienst des Regierungsrats

Departement Gesundheit und Soziales/Vortrag vom 5. Juni 2015

Beratungsergebnis

Es wird danach gefragt, ob der auf den Kanton Aargau entfallende Anteil von Fr. 315'000.– aus der Auflösung des Konkordatsvermögens zwingend (gemäss § 16 Abs. 2 Einführungsgesetz zum Tierseuchengesetz [EG TSG]) der Rücklage für die Tierseuchenbekämpfung gutgeschrieben werden müsse. Das Departement Gesundheit und Soziales wird dazu ausserhalb des vorliegenden Geschäfts antworten.

Beschluss

1.

Es werden die im Entwurf vorliegende Interkantonale Vereinbarung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats (Interkantonale Übereinkunft über den Viehhandel vom 13. September 1943) genehmigt und das Departement Gesundheit und Soziales zur Unterzeichnung ermächtigt.

2.

Der Grossratsbeschluss über die Ausübung des Viehhandels vom 17. November 1943 wird auf den 1. Januar 2016 aufgehoben.

3.

Die Vollziehungsverordnung über die Ausübung des Viehhandels vom 26. November 1943 wird auf den 1. Januar 2016 aufgehoben.

4.

Es werden die im Entwurf vorliegende Änderung des Einführungsgesetzes zum Tierseuchengesetz (EG TSG) vom 6. Mai 2008 verabschiedet und auf den 1. Januar 2016 in Kraft gesetzt.

5.

Es werden die im Entwurf vorliegende Änderung der Verordnung über den Bezug von Patent- und Umsatzgebühren im Viehhandel vom 17. Januar 1972 verabschiedet und auf den 1. Januar 2016 in Kraft gesetzt.

6.

Beschlussziffer 2–5 gelten unter dem Vorbehalt, dass die Interkantonale Vereinbarung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats (Interkantonale Übereinkunft über den Viehhandel vom 13. September 1943) zustande kommt.

7.

Der Rechtsdienst des Regierungsrats wird nach entsprechender Mitteilung des Departements Gesundheit und Soziales mit der Publikation in der Gesetzessammlung beauftragt.



Dr. Peter Grünenfelder
Staatsschreiber

Verteiler

- Mitglieder des Regierungsrats
- Staatsschreiber
- Departement Gesundheit und Soziales
- Departement Volkswirtschaft und Inneres
- Departement Bildung, Kultur und Sport
- Departement Finanzen und Ressourcen
- Departement Bau, Verkehr und Umwelt
- Staatskanzlei
- Rechtsdienst des Regierungsrats



EINGEGANGEN

29. Okt. 2014

**KANTON
APPENZEL INNERRHODEN**

2

Grosser Rat

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon 071 788 93 11
Telefax 071 788 93 39
info@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

NOT ←

Konferenz des Viehhandelskonkordats
Frau Regierungsrätin
Susanne Hochuli
Bachstrasse 15
5001 Aarau

Appenzell, 28. Oktober 2014

**Aufhebung der Interkantonalen Übereinkunft über den Viehhandel
(Viehhandelskonkordat)**

Sehr geehrte Frau Regierungsrätin

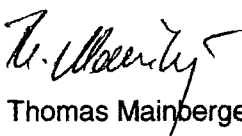
Der Grosse Rat hat sich an seiner letzten Sitzung vom 24. Oktober 2014 mit der Aufhebung der Interkantonalen Übereinkunft über den Viehhandel (Viehhandelskonkordat) befasst und dieser zugestimmt.

In der Beilage übermitteln wir Ihnen den Grossratsbeschluss zur Aufhebung der Interkantonalen Übereinkunft über den Viehhandel (Viehhandelskonkordat).

Wir bitten Sie um Kenntnisnahme und grüssen Sie freundlich.

Grosser Rat

Der Präsident:


Thomas Mainberger

Der Sekretär:


Markus Dörig

Kopie zur Kenntnis an:

Land- und Forstwirtschaftsdepartement Appenzell I.Rh., Marktgasse 2, 9050 Appenzell

**Grossratsbeschluss
zur Aufhebung der Interkantonalen Übereinkunft über
den Viehhandel (Viehhandelskonkordat)**

vom 24. Oktober 2014

Der Grosse Rat des Kantons Appenzell I. Rh.,
gestützt auf Art. 27 Abs. 3 der Kantonsverfassung vom 24. Wintermonat 1872,

beschliesst:

I.

Die Interkantonale Übereinkunft über den Viehhandel (Viehhandelskonkordat) vom 13. September 1943 wird aufgehoben.

II.

Die Standeskommission wird ermächtigt, die Interkantonale Vereinbarung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats (Interkantonale Übereinkunft über den Viehhandel vom 13. September 1943) zu unterzeichnen.

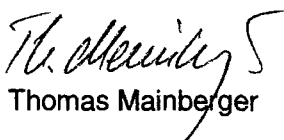
III.

Dieser Beschluss tritt nach Annahme durch den Grossen Rat und der Zustimmung zur Aufhebung durch alle Kantone und das Fürstentum Liechtenstein in Kraft.

Appenzell, 24. Oktober 2014

Namens des Grossen Rates

Der Präsident:


Thomas Mainberger

Der Ratschreiber:


Markus Dörig



Kantonskanzlei, 9100 Herisau

Vorort des Viehhandelskonkordats
c/o Departement Gesundheit und Soziales
Bachstrasse 15
5001 Aarau

Roger Nobs
Ratschreiber
Tel. 071 353 63 51
roger.nobs@ar.ch

Herisau, 13. Januar 2015

Interkantonale Vereinbarung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats; Beschluss des Kantonsrates von Appenzell Ausserrhoden

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Kantonsrat von Appenzell Ausserrhoden hat an seiner Sitzung vom 27. Oktober 2014 die Interkantonale Vereinbarung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats (Interkantonale Übereinkunft über den Viehhandel vom 13. September 1943) genehmigt. Nach Art. 3 Abs. 2 informieren die Kantone bzw. das Fürstentum Liechtenstein den Vorort über den Beschluss unter Beilage des offiziellen Beschlussprotokolls.

Als Beilage stellen wir Ihnen das Amtsblatt vom 31. Oktober 2014 zu. Der entsprechende Beschluss des Kantonsrates ist auf Seite 1148 f. veröffentlicht.

Wir danken Ihnen für Ihre Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse

Roger Nobs, Ratschreiber

13.
Mai
2015

**Regierungsratsbeschluss
betreffend die Genehmigung der interkantonalen
Vereinbarung zur Aufhebung der Interkantonalen
Übereinkunft über den Viehhandel
(Viehhandelskonkordat)**

*Der Regierungsrat des Kantons Bern,
gestützt auf Artikel 88 Absatz 4 der Kantonsverfassung¹⁾,
beschliesst:*

1. Die im Anhang wiedergegebene interkantonale Vereinbarung vom 12. Juni 2014 zur Aufhebung der Interkantonalen Übereinkunft über den Viehhandel vom 13. September 1943 (Viehhandelskonkordat) wird genehmigt.
2. Die Volkswirtschaftsdirektion teilt diesen Genehmigungsbeschluss sowie die erforderlichen Angaben für die Überweisung des Vermögensanteils des Kantons Bern dem Vorort des Viehhandelskonkordats mit.
3. Die Volkswirtschaftsdirektion teilt den Beschluss der Konferenz des Viehhandelskonkordats betreffend den Zeitpunkt des Inkrafttretens der in Ziffer 1 genannten Aufhebungsvereinbarung der Staatskanzlei mit.
4. Der Beschluss des Grossen Rates vom 8. November 1943 über die Neuordnung im Viehhandel²⁾ ist nach Inkrafttreten der in Ziffer 1 genannten Aufhebungsvereinbarung aus der BSG zu entfernen.

Bern, 13. Mai 2015

Im Namen des Regierungsrates
Die Präsidentin: *Egger-Jenzer*
Der Staatsschreiber: *Auer*

¹⁾ BSG 101.1

²⁾ BSG 916.71



Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion

Kanton Basel-Landschaft

Liestal

5

4410 Liestal, Bahnhofstr. 5, Postfach

Telefon 061 552 56 03

Telefax 061 552 69 44

e_mail: silvio.fareri@bl.ch

11. Dezember 2014 TW/VJF/IB

Viehhandelskonkordat

Vorort

Bachstrasse 15

5000 Aarau

AVS, V	zürcherst
E	16. 12. 2014
Nr.	
Geht an:	

Viehhandelskonkordat, Aufhebungsvereinbarung, Zustimmung

Sehr geehrte Frau Kollegin, liebe Susanne

Der Regierungsrat und abschliessend der Landrat des Kantons Basel-Landschaft haben der Interkantonalen Vereinbarung vom 12. Juni 2014 zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats (Interkantonale Übereinkunft über den Viehhandel vom 13. September 1943) am 27. November 2014¹ zugestimmt.

Gerne erwarten wir vom Vorort zu gegebener Zeit die Vereinbarung zur Unterzeichnung.

Freundliche Grüsse

**Volkswirtschafts- und
Gesundheitsdirektion Basel-Landschaft**

Thomas Weber, Regierungsrat

¹ s. Beilage: Auszug aus dem Protokoll der Landratssitzung vom 27. November 2014

Regierungsrat **Anton Lauber** (CVP) konnte heute viele ernsthafte, originelle und belustigende Äusserungen zur Kenntnis nehmen. Er stört sich an der Tatsache, dass nun eine intensive Debatte über mutmasslich verbrecherische Regierungsräte geführt werde, obwohl im Grunde genommen eine Ruhegehaltsordnung zur Diskussion stehe. Im Zentrum dieses Dekrets steht nicht unbedingt die Frage, welche Verfehlungen ein Regierungsrat allenfalls begehen könnte und wie § 8 dann anzuwenden sei. Die Regierung verwahrt sich gegen Andeutungen, die Regierungsglieder seien unvermittelbar, sie müssten durchgefüttert werden oder sie seien grundsätzlich potenziell kriminell.

Das vorliegende Dekret ist gemäss Anton Lauber sinnvoll und die Regierung würde damit im Vergleich zur alten Regelung auf Vieles verzichten. Die vorgesehenen Neuerungen sind durchaus vertretbar, das Dekret ist adäquat für die Anforderungen an einen Regierungsrat. Eine Regierungsrätin oder ein Regierungsrat gibt den bisherigen Beruf auf und wechselt in ein öffentliches Amt. In diesem Amt kann er oder sie aus den unterschiedlichsten Gründen massiv in Kritik geraten. Gerade aus diesem Grund setzt die Regierung ein Fragezeichen hinter die sehr offene Formulierung von § 8. Wann genau liegt eine schwere Amtspflichtverletzung vor oder wann führt ein Verbrechen oder Vergehen ausserhalb des Amtes zu einem Rücktritt?

Auch die Gerichte würden sich eine ähnliche Regelung, wie sie nun für den Regierungsrat ausgearbeitet wurde, wünschen, jedoch nimmt Anton Lauber zur Kenntnis, dass die Personalkommission diesen Teil aus der Vorlage herausgestrichen habe mit dem Auftrag, dem Landrat zu einem späteren Zeitpunkt allenfalls eine Separatvorlage zu unterbreiten. Für den Regierungsrat spielt es keine grosse Rolle, ob das Postulat 2007/284 stehen bleibt oder abgeschrieben wird.

Zusammenfassend bezeichnet Anton Lauber das vorliegende Dekret als gutes und modernes Gesetz, welches mit den gesetzlichen Bestimmungen in anderen Kantonen vergleichbar ist. In diesem Sinne dankt er für die positive Aufnahme des Gesetzes.

Balz Stückelberger (FDP) gibt Peter H. Müller zur Antwort, er könne sich selbst nicht beurteilen und werde sich davor auch hüten. Er sei der Ansicht, die besten Juristen würden nicht immer nur juristisch denken.

Landratspräsidentin **Myrta Stohler** (SVP) lässt über den Antrag der SP-Fraktion abstimmen, die Absätze 4 und 5 ersatzlos aus § 8 zu streichen.

://: Der Landrat beschliesst mit 51:30 Stimmen bei 1 Enthaltung, § 8 Absätze 4 und 5 zu streichen.
[Namenliste einsehbar im Internet; 10.50]

§§ 9 und 10 *keine Wortbegehren*

D. *keine Wortbegehren*

§§ 11 bis 17 (mit Anhang) *keine Wortbegehren*

– *Rückkommen*

Es wird kein Rückkommen verlangt.

– *Beschlussfassung*

://: Das Dekret über die berufliche Vorsorge für Mitglieder des Regierungsrates und über die Lohnleistungen beim Ausscheiden aus dem Amt wird mit 81:0 Stimmen verabschiedet.

[Namenliste einsehbar im Internet; 10.52]

://: Mit 45:38 Stimmen schreibt der Landrat das Postulat 2007/284 ab.

[Namenliste einsehbar im Internet; 10.53]

Beilage 1: Dekretstext

Für das Protokoll:

Andrea Maurer, Landeskanzlei

*

Nr. 2380

8 2014/322

Berichte des Regierungsrates vom 23. September 2014 und der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission vom 19. November 2014: Aufhebung des Viehhandelskonkordats (Interkantonale Übereinkunft über den Viehhandel vom 13. September 1943)

Kommissionspräsidentin **Regula Meschberger** (SP) verzichtet an dieser Stelle auf eine weitere Stellungnahme, für Fragen jedoch steht sie zur Verfügung.

Andreas Giger (SP) informiert, die SP-Fraktion werde der beantragten Aufhebung einstimmig zustimmen.

://: Eintreten auf die Vorlage ist unbestritten.

– *Detaillberatung Landratsbeschluss*

Titel und Ingress *keine Wortbegehren*

I. *keine Wortbegehren*

– *Rückkommen*

Es wird kein Rückkommen verlangt.

– *Beschlussfassung*

://: Der Landrat stimmt dem unveränderten Landratsbeschluss und damit der Aufhebung des Viehhandelskonkordats mit 68:0 Stimmen zu.

[Namenliste einsehbar im Internet; 10.55]

Landratsbeschluss

Interkantonale Vereinbarung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats

vom 27. November 2014

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

Die interkantonale Vereinbarung vom 12. Juni 2014 zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats (Interkantonale Übereinkunft über den Viehhandel vom 13. September 1943) wird genehmigt.



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

EINGEGANGEN

- 2. Sep. 2014

6

Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 80 54
Fax: +41 61 267 85 72
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

NOT ←

Vorort des Viehhandelskonkordats
Regierungsrätin Susanne Hochuli
Bachstrasse 15
5001 Aarau

Basel, 27. August 2014

Regierungsratsbeschluss vom 26. August 2014

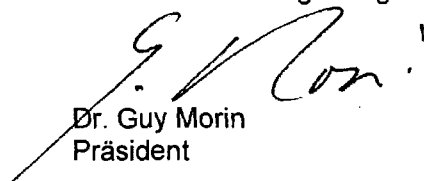
Interkantonale Vereinbarung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats (Interkantonale Übereinkunft über den Viehhandel vom 13. September 1943); Ratifizierung

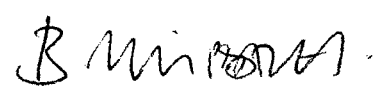
Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Regierungsrätin

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt stimmt mit Regierungsratsbeschluss vom 19. August 2014 der Interkantonalen Vereinbarung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats zu.

Mit freundlichen Grüssen

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt


Dr. Guy Morin
Präsident


Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin

Verordnung

Inkrafttreten:

01.01.2015

vom 2. Dezember 2014

**über den Beitritt zur interkantonalen Vereinbarung
zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats**

Der Staatsrat des Kantons Freiburg

gestützt auf die Artikel 111 Abs. 2 und 114 Abs. 2 der Verfassung des Kantons Freiburg vom 16. Mai 2004;

auf Antrag der Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft,

*beschliesst:***Art. 1 Beitritt**

¹ Der Beitritt zur interkantonalen Vereinbarung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats vom 13. September 1943 (die Aufhebungsvereinbarung) wird genehmigt.

² Die Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft übermittelt diese Verordnung, sobald sie genehmigt worden ist, dem Vorort des Viehhandelskonkordats.

Art. 2 Anteil am Konkordatsvermögen

¹ Der dem Kanton Freiburg zustehende Anteil am Konkordatsvermögen (Vermögensanteil) geht zur Hälfte an die von der Nutztiersicherungsanstalt (Sanima) verwalteten Versicherungskassen und zur Hälfte an das Amt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen.

² Der Vermögensanteil wird ausschliesslich für die Finanzierung von Massnahmen zur Tierseuchenbekämpfung verwendet.

Art. 3 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2015 in Kraft.

Der Präsident:

B. VONLANTHEN

Die Kanzlerin:

D. GAGNAUX-MOREL

Ordonnance

Entrée en vigueur :

01.01.2015

du 2 décembre 2014

**portant adhésion à la convention intercantonale
de dissolution du concordat sur le commerce du bétail**

Le Conseil d'Etat du canton de Fribourg

Vu les articles 111 al. 2 et 114 al. 2 de la Constitution du canton de Fribourg du 16 mai 2004 ;

Sur la proposition de la Direction des institutions, de l'agriculture et des forêts,

*Arrête :***Art. 1** Adhésion

¹ L'adhésion à la convention intercantonale de dissolution du concordat du 13 septembre 1943 sur le commerce du bétail (la convention de dissolution) est approuvée.

² La Direction des institutions, de l'agriculture et des forêts transmet la présente ordonnance, dès son adoption, à la direction du concordat sur le commerce du bétail.

Art. 2 Part du capital

¹ La part du capital disponible du concordat sur le commerce du bétail qui revient au canton de Fribourg (part du capital) est attribuée pour moitié aux caisses d'assurance gérées par l'Etablissement d'assurance des animaux de rente (Sanima) et pour moitié au Service de la sécurité alimentaire et des affaires vétérinaires.

² La part du capital est strictement réservée au financement de mesures de lutte contre les épizooties.

Art. 3 Entrée en vigueur

La présente ordonnance entre en vigueur le 1^{er} janvier 2015.

Le Président :

B. VONLANTHEN

La Chancelière :

D. GAGNAUX-MOREL



RÉPUBLIQUE ET CANTON DE GENÈVE

Genève, le 17 septembre 2014

8

EINGEGANGEN

22 Sep. 2014

Le Conseil d'Etat

7164-2014

NOT ←

Concordat sur le
commerce du bétail
Madame Susanne Hochuli
Présidente et Conseillère d'Etat
Bachstrasse 15
5001 Aarau

Concerne : convention intercantonale de dissolution du Concordat sur le commerce de bétail (convention intercantonale sur le commerce de bétail du 13 septembre 1943); ratification

Madame la Présidente, Madame la Conseillère d'Etat,

Le rapport relatif à l'objet cité en titre nous est bien parvenu et a retenu notre meilleure attention.

Notre Conseil approuve le projet de dissolution dudit Concordat et de la convention intercantonale.

Les services cantonaux compétents vous transmettront les indications nécessaires au versement du capital qui revient au canton de Genève.

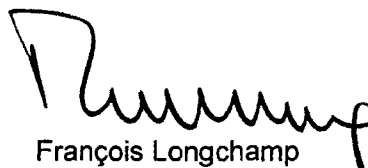
En vous remerciant de l'attention que vous porterez à ce courrier, nous vous prions de croire, Madame la Présidente, Madame la Conseillère d'Etat, à l'expression de nos salutations distinguées.

AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :


Anja Wyden Guelpa

Le président :


François Longchamp

Auszug aus dem Protokoll

Dienstag, 9. September 2014 / § 493

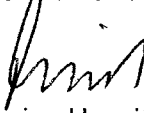
Interkantonale Vereinbarung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats (Interkantonale Übereinkunft über den Viehhandel vom 13. September 1943); Ratifizierung

Das Departement Finanzen und Gesundheit legt dem Regierungsrat am 3. September 2014 folgenden Antrag vor (vgl. Beilage).

Beschluss

1. Die Interkantonale Vereinbarung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats (Interkantonale Übereinkunft über den Viehhandel vom 13. September 1943) wird genehmigt.
2. Die kantonale Verordnung betreffend die Ausübung des Viehhandels vom 19. November 1943 wird mit Inkrafttreten der Interkantonalen Vereinbarung gemäss Ziffer 1 aufgehoben.
3. Der Vermögensanteil des Kantons Glarus ist auf das Konto 87-78-5 zu Gunsten Staatskasse des Kantons Glarus, 8750 Glarus, zu überweisen.
4. Mitteilung an (mit Einzahlungsschein):
 - Vorort des Viehhandelskonkordats, c/o Departement Gesundheit und Soziales, Bachstrasse 15, 5001 Aarau

Der Ratsschreiber:


lic. iur. Hansjörg Dürst

Ins Amtsblatt (nach Genehmigung durch alle Kantone und das Fürstentum Liechtenstein)

In die Gesetzessammlung (nach Genehmigung durch alle Kantone und das Fürstentum Liechtenstein)

Auszug an:

- ☛ Vorort des Viehhandelskonkordats
- Departement Finanzen und Gesundheit
- Hauptabteilung Gesundheit
- Kantonstierärztlicher Dienst
- Rechtsdienst
- Staatskasse
- Finanzkontrolle



Sitzung vom

Mitgeteilt den

Protokoll Nr.

30. September 2014

30. September 2014

919

Genehmigung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats

Mit Beschluss des Kleinen Rats des Kantons Graubünden vom 29. Dezember 1943, Prot. Nr. 3813, wurde die kantonale Verordnung über den Viehverkehr (Viehhandelspatent) erlassen. Gemäss Art. 3 dieser per 1. Januar 1944 in Kraft getretenen Verordnung (AGS 1935–1945, S. 688 und 690) ist der Kanton Graubünden der Interkantonalen Übereinkunft über den Viehhandel (Viehhandelskonkordat) vom 13. September 1943 beigetreten.

Mit dem Viehhandelskonkordat sollte eine einheitliche Ordnung des Viehhandels gewährleistet werden. Es regelt den Begriff des Viehhandels, die Bewilligungspflicht sowie die Zuständigkeit, die Voraussetzungen und das Verfahren im Zusammenhang mit der Patenterteilung und des -entzugs. Ein wichtiges Element des Konkordatsrechts sind die Gebühren. Viehhändler sind zum einen verpflichtet, dem zuständigen Kanton jährlich für die Erteilung des Viehhandelspatents eine Grundgebühr sowie eine Umsatzgebühr zu entrichten. Zum anderen müssen die Viehhändler jährlich eine Kautionsbestellung. Diese Kautionsbestellung kann entweder beim Konkordat oder bei der Kautionsversicherungs-Genossenschaft des Schweizerischen Viehhändlerverbands geleistet werden. Das Konkordat wie die Genossenschaft haben hier eine versicherungsähnliche Funktion. So dient die Kautionsbestellung der Sicherstellung von zivil- und öffentlich-rechtlichen Ansprüchen gegen den Viehhändler aus dem Viehhandel. Für die beim Konkordat versicherten Viehhändler wird die Kautionsbestellung, die sich nach dem Umsatz richtet, von den Kantonen zugunsten des Konkordats erhoben. Per Ende 2014 weist das Konkordat ein Vermögen von 4,8 Millionen Franken aus.

Heute hat sich die Bedeutung des Viehhandelskonkordats stark relativiert. Die Patentpflicht und die Voraussetzungen der Patenterteilung und des Patententzugs sind

im eidgenössischen Tierseuchengesetz bzw. in der Tierseuchenverordnung (TSV) geregelt. Zudem entspricht eine staatliche Versicherung in der vorliegenden Art nicht mehr dem Aufgabenverständnis eines modernen Staats. Diese Aufgabe kann bei Bedarf auch vom Berufsverband oder der Versicherungsbranche übernommen werden.

Mit der Aufhebung des Viehhandelskonkordats fällt auch die rechtliche Grundlage für die Erhebung der Patentgebühren weg. Der Schweizerische Viehhändlerverband strengte schon länger eine Abschaffung der Umsatzgebühren an. Die Kantone zeigten Bereitschaft, Lösungen zu suchen, unter der Voraussetzung, dass den Kantonen für die Einnahmen aus den Umsatzgebühren (ca. 3 Millionen Franken) ein Besitzstand in geeigneter Form zuerkannt werde. In der Folge wurde mit der Revision des Tierseuchengesetzes (Art. 56a) per 1. Januar 2014 eine Schlachtabgabe (als Ablösung der Umsatzgebühren) eingeführt, deren Erträge vom Bund für die Tierseuchenprävention, nämlich für nationale Programme zur Überwachung von Tierseuchen, eingesetzt werden. Dadurch werden die Kantone in diesem Umfang von rund 3 Millionen Franken von der Finanzierung dieser Programme entlastet (BBI 2011 7027, 7040).

Der Wegfall der rechtlichen Grundlage für die Erhebung der Grundgebühren hat für den Kanton Graubünden keine Auswirkungen. Im 2013 beliefen sich die entsprechenden Einnahmen auf 4 300 Franken (21 Grossviehhandelspatente à 200 Franken und ein Kleinviehhandelspatent à 100 Franken). Diese Beträge werden auch in Zukunft erhoben für die Erteilung der Viehhandelspatente; es handelt sich dabei neu um Staatsgebühren, deren rechtliche Grundlagen im kantonalen Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege zu finden sind.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass aus heutiger Betrachtung im Wesentlichen folgende Gründe gegen eine Weiterführung des Konkordats sprechen:

- Die heute bestehende Regelung des Viehhandels im Bundesrecht (Art. 34 ff. TSV) ist ausreichend. Die Kantone werden weiterhin die Viehhandelspatente erteilen und dafür eine Gebühr erheben können.
- Die Umsatzgebühren als wichtige Einnahme der Kantone werden (indirekt) durch die Schlachtabgabe gemäss Art. 56a des Tierseuchengesetzes gleich-

wertig ersetzt, indem der daraus erzielte Erlös in einer vergleichbaren Gröszenordnung zur Entlastung der Kantone eingesetzt wird.

- Die Aufrechterhaltung einer interkantonalen Kautionsversicherung in der Art, wie sie dem Konkordatsrecht zugrunde liegt, ist nicht mehr zeitgemäss und kann als solche keine Aufgabe des Staates sein. Sie ist deshalb ersatzlos aufzuheben. Ein allfälliger Bedarf kann auf Verbandsebene oder gar durch ein privatrechtliches Versicherungsmodell abgedeckt werden.

Das Viehhandelskonkordat enthält keine Bestimmungen zum Vorgehen bei einer Aufhebung. Jeder Kanton bzw. das Fürstentum Liechtenstein kann unter Beachtung einer einjährigen Kündigungsfrist auf Ende eines Jahres vom Konkordat zurücktreten. Im Kontext der Aufhebung des Viehhandelskonkordats geht es aber nicht allein um die Aufhebung an sich, sondern zusätzlich darum, das Konkordatsvermögen von rund 4,8 Millionen Franken gemäss einem Verteilschlüssel auf die Mitglieder des Konkordats zu verteilen. Deshalb ist es zweckmässig, wiederum mittels interkantonomer Vereinbarung das Viehhandelskonkordat aufzuheben und gleichzeitig die Verteilung des Konkordatsvermögens zu regeln (zum Verteilschlüssel s. Art. 2 des Entwurfs für eine interkantonale Vereinbarung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats und Ziff. 3.3, Seite 5 des Berichts dazu, wonach dem Kanton Graubünden 3,61 % des Vermögens zukommt).

Diese neue interkantonale Vereinbarung muss von allen Mitgliedern des Viehhandelskonkordats, d.h. durch die nach dem jeweiligen kantonalen Recht bzw. dem Recht des Fürstentums Liechtenstein zuständige Behörde (Exekutive oder Legislative) genehmigt werden. Da die Regierung damals den Beitrittsbeschluss zum Konkordat gefällt hat, ist sie auch für die Auflösung desselben bzw. für die Genehmigung des Aufhebungs-konkordats zuständig.

Die Regierung beschliesst:

1. Die interkantonale Vereinbarung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats (interkantonale Übereinkunft über den Viehhandel vom 13. September 1943) gemäss Entwurf vom 10. Juli 2014 wird genehmigt.

2. Mitteilung an den „Vorort des Viehhandelskonkordats“, c/o Departement Gesundheit und Soziales, Bachstrasse 15, 5001 Aarau; an das Departement für Volkswirtschaft und Soziales sowie an das Amt für Lebensmittelsicherheit und Tiergesundheit.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Dr. M. Cavigelli

Der Kanzleidirektor:

Dr. C. Riesen

Arrêté

concernant l'approbation de la convention intercantonale de dissolution du Concordat sur le commerce de bétail (Convention intercantonale du 13 septembre 1943 sur le commerce de bétail)

du 28 janvier 2015

Le Parlement de la République et Canton du Jura,

vu l'article 84, lettre b, de la Constitution cantonale¹⁾,

vu l'article premier, alinéa 1, de la loi du 20 décembre 1979 sur l'approbation des traités, concordats et autres conventions²⁾,

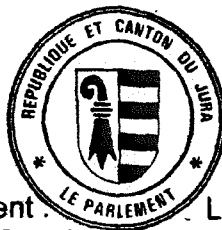
arrête :

Article premier La convention intercantonale du 12 juin 2014 de dissolution du Concordat sur le commerce de bétail (Convention intercantonale du 13 septembre 1943 sur le commerce de bétail) est approuvée.

Elle est publiée en annexe au présent arrêté.

Art. 2 L'arrêté du 30 novembre 1978 concernant une nouvelle réglementation du commerce de bétail (Convention intercantonale du 13 septembre 1943 sur le commerce de bétail) est abrogé.

Art. 3 Le Gouvernement fixe l'entrée en vigueur du présent arrêté.



Le président :
Jean-Yves Gentil

Le secrétaire :
Jean-Baptiste Maître

¹⁾ RSJU 101

²⁾ RSJU 111.1

Ablauf der Referendumsfrist: 26. August 2015

*Für das Referendum sind 3000 Unterschriften von Stimmberechtigten
oder Begehren von 21 Gemeinden erforderlich.*

Nr. 933

**Dekret
über die Genehmigung des Beitritts des Kantons
Luzern zur Interkantonalen Vereinbarung
zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats**

vom 22. Juni 2015*

Der Kantonsrat des Kantons Luzern,

*nach Einsicht in die Botschaft des Regierungsrates vom 13. Januar 2015¹,
beschliesst:*

1. Der Beitritt des Kantons Luzern zur Interkantonalen Vereinbarung vom 10. Juli 2014 zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats (Interkantonale Übereinkunft über den Viehhandel vom 13. September 1943)² wird genehmigt.
2. Der dem Kanton Luzern zustehende Anteil am Konkordatsvermögen ist zweckgebunden für Massnahmen der Tierseuchenbekämpfung einzusetzen.
3. Das Dekret ist mit der interkantonalen Vereinbarung zu veröffentlichen.
Es unterliegt dem fakultativen Referendum.

Luzern, 22. Juni 2015

Im Namen des Kantonsrates

Der Präsident: Franz Wüest

Der Staatsschreiber: Lukas Gresch-Brunner

*K 2015 2001

¹ Erscheint in den Verhandlungen des Kantonsrates 2015.

² K 2015 2002

LOIS ET DECRETS PUBLIES DANS LA FEUILLE OFFICIELLE

Feuille officielle numéro 37, du 18 septembre 2015

Référendum facultatif:

- délai d'annonce préalable: 8 octobre 2015
- délai de dépôt des signatures: 17 décembre 2015



Décret
portant adhésion de la République et Canton de Neuchâtel
à la Convention intercantonale de dissolution
du Concordat sur le commerce du bétail

Le Grand Conseil de la République et Canton de Neuchâtel,
vu l'article 56a de la loi sur les épizooties (LFE), du 1^{er} juillet 1966;
vu le concordat intercantonal sur le commerce du bétail, du 13 septembre 1943;
sur la proposition du Conseil d'Etat, du 6 juillet 2015,
décède:

Article premier La République et Canton de Neuchâtel adhère à la Convention intercantonale de dissolution du Concordat sur le commerce du bétail (Concordat intercantonal sur le commerce du bétail du 13 septembre 1943), du 12 juin 2014.

Art. 2 ¹Le présent décret est soumis au référendum facultatif.

²Le Conseil d'Etat pourvoit, s'il y a lieu, à sa promulgation et à son exécution. Il en fixe la date d'entrée en vigueur.

Neuchâtel, le 1^{er} septembre 2015

Au nom du Grand Conseil:

La présidente,
V. PANTILLON

La secrétaire générale,
J. PUG

CONSEIL D'ETAT

Arrêté promulguant divers actes législatifs

Le Conseil d'Etat de la République et Canton de Neuchâtel,

vu l'article 74, lettre g, de la Constitution de la République et Canton de Neuchâtel (Cst. NE), du 24 septembre 2000;

vu l'article 316 de la loi d'organisation du Grand Conseil (OGC), du 30 octobre 2012;

sur la proposition de sa présidente,

arrête:

Article unique Les actes législatifs suivants sont promulgués:

1. Loi portant modification de la loi de santé (LS) (Planification et liste hospitalière), du 1^{er} septembre 2015.

L'entrée en vigueur est fixée avec effet au **1er janvier 2016**.

2. Décret portant octroi d'un crédit-cadre de 1.510.000 francs pour le remplacement et l'assainissement d'installations de chauffage dans plusieurs bâtiments cantonaux, du 1^{er} septembre 2015.

3. Décret portant octroi de quatre crédits-cadre d'un montant total de 61.500.000 francs, destinés au cautionnement du fonds de roulement des institutions sociales, des institutions d'éducation spécialisée, des organismes de soutien et des écoles spécialisées, du 1^{er} septembre 2015.

4. Décret portant adhésion de la République et Canton de Neuchâtel à la Convention intercantonale de dissolution du Concordat sur le commerce du bétail, du 1^{er} septembre 2015.

L'entrée en vigueur est fixée avec effet au **1^{er} novembre 2015**.

Neuchâtel, le 21 octobre 2015

Au nom du Conseil d'Etat:

<i>La présidente,</i>	<i>La chancelière,</i>
M. MAIRE-HEFTI	S. DESPLAND

(Loi et décrets publiés dans la Feuille officielle N° 37, du 18 septembre 2015)



KANTON
NIDWALDEN

LANDRAT

LANDRATSSEKRETARIAT

Dorfplatz 2, 6371 Stans
Telefon 041 618 79 04, www.nw.ch

14

CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246 STK

Viehhandelskonkordat
Vorort
Frau Regierungsrätin Susanne Hochuli
Bachstrasse 15
5001 Aarau

DGS	22. April 2015
Z	Not
V	

Ca.

Armin Eberli
Telefon 041 618 79 01
staatskanzlei@nw.ch
Stans, 16. April 2015

Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats

Sehr geehrte Frau Regierungsrätin

Der Landrat des Kantons Nidwalden hat an seiner Sitzung vom 4. Februar 2015 dem Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats (Interkantonale Übereinkunft über den Viehhandel vom 13. September 1943) zugestimmt.

Die Referendumsfrist ist am 13. April 2015 unbenützt abgelaufen. Der Beschluss des Landrates ist somit am 14. April 2015 in Kraft getreten.

Freundliche Grüsse
LANDRATSSEKRETARIAT

A. Eberli

lic. iur. Armin Eberli
Landratssekretär

Beilage:

Landratsbeschluss vom 4. Februar 2015

z.K. an:

- Gesundheits- und Sozialdirektion

**Landratsbeschluss
über den Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung zur
Aufhebung des Viehhandelskonkordats (Interkantonale
Übereinkunft über den Viehhandel vom 13. September
1943)**

vom 4. Februar 2015¹

Der Landrat von Nidwalden,
gestützt auf Art. 60 Abs. 2 und Art. 52a Abs. 1 Ziff. 1 der Kantonsverfas-
sung,
beschliesst:

1.

Der Kanton Nidwalden tritt der Interkantonalen Vereinbarung zur Aufhe-
bung des Viehhandelskonkordats (Interkantonale Übereinkunft vom 13.
September 1943 über den Viehhandel) bei.

2.

¹ Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

² Er tritt gemäss Art. 24 des Wahl- und Abstimmungsgesetzes³ in Kraft.

Stans, 4. Februar 2015

LANDRAT NIDWALDEN

Landratspräsident

Walter Odermatt

Landratssekretär

Armin Eberli

Datum der Veröffentlichung: 11. Februar 2015
Letzter Tag der Referendumsfrist: 13. April 2015

¹ A 2015, 216

² NG 132.2



Kanton
Obwalden

Regierungsrat

15

DGS	20. März 2015 / La.
Z	Not zur Bearbeitung
V	

CH-6061 Sarnen, Postfach 1562, Staatskanzlei

A-Post

Vorort des Viehhandelskonkordats
c/o Departement Gesundheit
und Soziales
Regierungsrätin Susanne Hochuli
Präsidentin
Bachstrasse 15
5001 Aarau

Referenz/Aktenzeichen: 2015-0144
Unser Zeichen: so

Sarnen, 17. März 2015

Vereinbarung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir teilen Ihnen mit, dass der Kantonsrat des Kantons Obwalden am 12. März 2015 der Vereinbarung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats zugestimmt hat.

Wir danken für Ihre Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

Hans Wallimann
Landammann

Dr. Stefan Hossli
Landschreiber

Kopie geht an:

- Finanzdepartement
- Rechtsdienst

Regierungsrat
c/o Staatskanzlei STK
Postadresse: Postfach 1562, 6061 Sarnen
Tel. 041 666 62 03, Fax 041 660 65 81
staatskanzlei@ow.ch
www.ow.ch

Kantonsratsbeschluss über die Aufhebung des Viehhandelskonkordats

vom 12. März 2015

Der Kantonsrat des Kantons Obwalden,

gestützt auf Artikel 70 Ziffer 13 der Verfassung des Kantons Obwalden vom 19. Mai 1968¹,

beschliesst:

1.

Der Interkantonalen Vereinbarung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats (Interkantonale Übereinkunft über den Viehhandel vom 13. September 1943) wird zugestimmt.

2.

Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Sarnen, 12. März 2015

Im Namen des Kantonsrats

Der Ratspräsident: Hans-Melk Reinhard

Die Ratssekretärin: Nicole Frunz Wallimann

Geht gemäss Vollzugsbeschluss des Regierungsrats vom 17. März 2015 an:

- Vorort des Viehhandelskonkordats
- Laboratorium der Urkantone
- Finanzdepartement
- Volkswirtschaftsdepartement
- Gesundheitsamt
- Finanzkontrolle

Sarnen, 17. März 2015

Staatskanzlei

¹ GDB 101.0



Markus Rothmann 16

Protokoll der Regierung des Kantons St.Gallen

Sitzung vom: 2. Februar 2016 / Nr. 060

cf

16

Referendumsvorlagen aus der Novembersession 2015: Feststellung der Rechtsgültigkeit und Festlegung des Vollzugsbeginns

Auszug an: Gesundheitsdepartement / St / RELEG (2) / Dfpr (2) / RATSD / GSMat / Pub / Dv / KOM / PPC

Zugestellt am: 5. Februar 2016

Unter Bezugnahme auf den Vollzugsbeschluss im Nachgang zur Novembersession 2015 (RRB 2015/768) sowie in Anwendung von Art. 28 und 29 des Gesetzes über Referendum und Initiative (sGS 125.1) bzw. Art. 6 Ziff. 1 des Gesetzes über die Gesetzessammlung und das Amtsblatt (sGS 0.1) beschliesst die Regierung folgende Erklärung:

1. Nachdem innerhalb der Referendumsfrist vom 22. Dezember 2015 bis 1. Februar 2016 keine Volksabstimmung verlangt wurde, wurden folgende Erlasse am 2. Februar 2016 rechtsgültig:
 - VIII. Nachtrag zum Staatsverwaltungsgesetz;
 - X. Nachtrag zum Staatsverwaltungsgesetz;
 - V. Nachtrag zum Veterinärsgesetz;
 - Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung des Regierungsbeschlusses über den Beitritt des Kantons St.Gallen zur Interkantonalen Vereinbarung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats (Interkantonale Übereinkunft über den Viehhandel vom 13. September 1943).
2. a) Folgende Erlasse werden rückwirkend ab 1. Januar 2016 angewendet:
 - VIII. Nachtrag zum Staatsverwaltungsgesetz;
 - V. Nachtrag zum Veterinärsgesetz;
 - Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung des Regierungsbeschlusses über den Beitritt des Kantons St.Gallen zur Interkantonalen Vereinbarung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats (Interkantonale Übereinkunft über den Viehhandel vom 13. September 1943).

b) Der X. Nachtrag zum Staatsverwaltungsgesetz wird ab 1. Juni 2016 angewendet.
3. Veröffentlichung von Feststellung der Rechtsgültigkeit sowie Festlegung des Vollzugsbeginns im Amtsblatt und in der Gesetzessammlung (im Anschluss an die Erlasse).



Beschluss 15-17
**betreffend Genehmigung des Beitritts zur
Interkantonalen Vereinbarung zur Aufhebung
des Viehhandelskonkordats
(Interkantonale Übereinkunft über den
Viehhandel vom 13. September 1943)**

vom 16. Februar 2015

Der Kantonsrat Schaffhausen

beschliesst:

I.

Der Beitritt des Kantons Schaffhausen zur Interkantonalen Vereinbarung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats (Interkantonale Übereinkunft über den Viehhandel vom 13. September 1943) wird genehmigt.

II.

¹ Der Beschluss tritt am 16. Februar 2015 in Kraft.

² Der Beschluss sowie die Vereinbarung sind im Amtsblatt zu veröffentlichen und in die kantonale Gesetzessammlung aufzunehmen.

Schaffhausen, 16. Februar 2015 Im Namen des Kantonsrates
Der 1. Vizepräsident:
Walter Vogelsanger

Die Sekretärin:
Janine Rutz

Regierungsrat

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch

 KANTON **solothurn**

18

An den
Vorort des Viehhandelskonkordates
Bachstrasse 15
5001 Aarau

26. Mai 2015

**Vereinbarung zur Aufhebung der interkantonalen Übereinkunft über den
Viehhandel (Viehhandelskonkordat)
Mitteilung an den Vorort**

Sehr geehrte Frau Regierungsrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 10. Juli 2014 ersuchen Sie uns um Genehmigung der Vereinbarung zur
Aufhebung des Viehhandelskonkordates durch das zuständige Organ.

Der Kantonrat des Kantons Solothurn hat nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf
des Regierungsrates die Vereinbarung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordates am
10. Dezember 2014 genehmigt, die Referendumsfrist zu diesem Beschluss ist am 10. April
2015 unbenutzt abgelaufen.

In der Beilage übermitteln wir Ihnen den diesbezüglichen Beschluss des Kantonsrates.

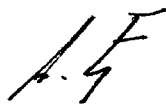
Wir bitten Sie, die Überweisung des Vermögensanteils gemäss Vereinbarung auf das Konto
bei der Baloise Bank SoBa AG in Solothurn, IBAN CH56 0833 4000 0512 1579 A (Vermerk
Tierseuchenkasse KK1015040) zu gegebener Zeit vorzunehmen und danken Ihnen dafür.

Mit freundlichen Grüssen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES



Roland Heim
Landammann



Andreas Eng
Staatsschreiber

Beilage: Kantonsratsbeschluss SGB 146/2014

Kantonsratsbeschluss

Vom 10. Dezember 2014

Nr. SGB 146/2014

Interkantonale Vereinbarung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats (Interkantonale Übereinkunft über den Viehhandel vom 13. September 1943) - Genehmigung

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 35 Absatz 1 Buchstabe d KV, Artikel 36 Absatz 1 Buchstabe b und Artikel 72 Absatz 1 KV, nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 23. September 2014 (RRB Nr.2014/1712), beschliesst:

1. Die Interkantonale Vereinbarung zur Aufhebung der interkantonalen Übereinkunft über den Viehhandel (Viehhandelskonkordat) vom 13. September 1943 wird genehmigt.
2. Der Regierungsrat wird ermächtigt, die Genehmigung der Interkantonalen Vereinbarung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats (Interkantonale Übereinkunft über den Viehhandel vom 13. September 1943) dem Vorort mitzuteilen, die Vereinbarung zu unterzeichnen und zu vollziehen.

Im Namen des Kantonsrats

Peter Brotschi
Präsident

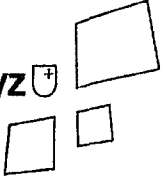
Fritz Brechbühl
Ratssekretär

Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

Verteiler

Volkswirtschaftsdepartement (2)
Amt für Landwirtschaft
Amt für Landwirtschaft, Veterinärdienst
Finanzdepartement
Amt für Finanzen
Staatskanzlei (ENG, STU, ROL)
GS
BGS
Amtsblatt (Referendum)
Kantonale Finanzkontrolle
Parlamentsdienste (1105/2014)

Regierungsrat des Kantons Schwyz

kantonschwyz 

Beschluss Nr. 703/2015
Schwyz, 11. August 2015 / ah

19

Kantonsratsbeschluss zum Beitritt des Kantons Schwyz zur Interkantonalen Vereinbarung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats (Interkantonale Übereinkunft über den Viehhandel vom 13. September 1943)
Rechtskrafterklärung

An seiner Sitzung vom 22. April 2015 hat der Kantonsrat den Beitritt des Kantons Schwyz zur Interkantonalen Vereinbarung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordates (Interkantonale Übereinkunft über den Viehhandel vom 13. September 1943) beschlossen. Der Beschluss wurde im Amtsblatt Nr. 18 vom 1. Mai 2015 unter dem Hinweis auf das Referendum veröffentlicht. Die 60-tägige Referendumsfrist ist unbenutzt abgelaufen.

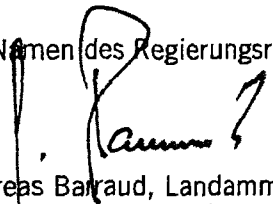
Gestützt auf § 4 Abs. 1 des Kantonsratsbeschlusses bestimmt der Regierungsrat den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Beschluss des Regierungsrates

1. Der Kantonsratsbeschluss zum Beitritt des Kantons Schwyz zur Interkantonalen Vereinbarung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats (Interkantonale Übereinkunft über den Viehhandel vom 13. September 1943) vom 22. April 2015 wird auf den 1. September 2015 in Kraft gesetzt.
2. Veröffentlichung der Rechtskrafterklärung im Amtsblatt.
3. Zustellung: Kantonsregierungen der Urkantone; Vorort des Viehhandelskonkordats.

4. Zustellung elektronisch: Sekretariat des Kantonsrates; Departement des Innern; Rechts- und Beschwerdedienst; Laboratorium der Urkantone; Redaktion Amtsblatt; Redaktion Gesetz- sammlung.

Im Namen des Regierungsrates:


Andreas Barraud, Landammann


Dr. Mathias E. Brun, Staatsschreiber



Kantonsratsbeschluss zum Beitritt des Kantons Schwyz zur Interkantonalen Vereinbarung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats (Interkantonale Übereinkunft über den Viehhandel vom 13. September 1943)

(Vom 22. April 2015)

Inkraftsetzung

Der Regierungsrat in Betracht,

dass der Kantonsratsbeschluss zum Beitritt des Kantons Schwyz zur Interkantonalen Vereinbarung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats (Interkantonale Übereinkunft über den Viehhandel vom 13. September 1943) vom 22. April 2015 im Amtsblatt Nr. 18 vom 1. Mai 2015, Seiten 962 ff., unter Hinweis auf § 35 der Kantonsverfassung veröffentlicht worden war,
dass die Referendumsfrist unbenützt abgelaufen ist,

beschliesst:

Der Kantonsratsbeschluss zum Beitritt des Kantons Schwyz zur Interkantonalen Vereinbarung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats (Interkantonale Übereinkunft über den Viehhandel vom 13. September 1943) vom 22. April 2015 wird auf den 1. September 2015 in Kraft gesetzt.

Schwyz, 11. August 2015

Im Namen des Regierungsrates:
Der Landammann: Andreas Barraud
Der Staatsschreiber: Dr. Mathias E. Brun

20



Bollettino ufficiale delle leggi

Volume 142
Bellinzona, 15 gennaio

1/2016

Legge

sulla responsabilità civile degli enti pubblici e degli agenti pubblici del 24 ottobre 1988; modifica

(del 23 novembre 2015)

IL GRAN CONSIGLIO DELLA REPUBBLICA E CANTONE TICINO

- vista l'iniziativa parlamentare elaborata 18 febbraio 2014 di Andrea Giudici;
- visto il messaggio 14 aprile 2015 n. 7083 del Consiglio di Stato;
- visto il rapporto 2 settembre 2015 n. 7083R della Commissione della legislazione,

decreta:

I.

La legge sulla responsabilità civile degli enti pubblici e degli agenti pubblici del 24 ottobre 1988 è modificata come segue:

Art. 5 ¹In caso di decisione amministrativa o giudiziaria l'ente pubblico risponde del danno cagionato solo per grave violazione di un dovere primordiale della funzione.

²Non è dato risarcimento nel caso in cui il danno avrebbe potuto essere evitato se il danneggiato avesse fatto uso dei rimedi di diritto a sua disposizione.

³Se il danno è cagionato dalla mancata o ritardata adozione di una decisione amministrativa o giudiziaria, la responsabilità dell'ente pubblico è retta dall'art. 4.

Art. 25 cpv. 2

²Abrogato

II.

Trascorsi i termini per l'esercizio del diritto di referendum, la presente modifica di legge è pubblicata nel Bollettino delle leggi e degli atti esecutivi ed entra immediatamente in vigore.

Bellinzona, 23 novembre 2015

Per il Gran Consiglio

Il Presidente: **L. Pagani**

Il Segretario generale: **G. Buzzini**

I SERVIZI DEL GRAN CONSIGLIO, visto il regolamento sulle deleghe del 24 agosto 1994, ordinano la pubblicazione della presente modifica di legge nel Bollettino ufficiale delle leggi (ris. 12 gennaio 2016 n. 1)

Per i Servizi del Gran Consiglio
Il Segretario generale: **G. Buzzini**

**Legge
sulla gestione e sul controllo finanziario dello Stato (LGF)
del 20 gennaio 1986; modifica**

(del 24 novembre 2015)

IL GRAN CONSIGLIO
DELLA REPUBBLICA E CANTONE TICINO

visto il messaggio 2 settembre 2015 n. 7118 del Consiglio di Stato,

decreta:

I.

La legge sulla gestione e sul controllo finanziario dello Stato (LGF) del 20 gennaio 1986 è così modificata:

Art. 36a cpv. 3 e 10

³Su specifico incarico del Consiglio di Stato o della Commissione della gestione e delle finanze del Gran Consiglio, il Controllo cantonale delle finanze può svolgere mandati:

- a) riguardanti i Comuni, in collaborazione con la Sezione degli enti locali;
- b) di natura tecnico-finanziaria, in collaborazione con un perito esterno.

¹⁰Il Controllo cantonale delle finanze elabora annualmente il proprio programma d'attività e il rapporto dell'attività svolta che trasmette per discussione al Consiglio di Stato e alla Commissione della gestione del Gran Consiglio.

II.

Trascorsi i termini per l'esercizio del diritto di referendum, la presente modifica di legge è pubblicata nel Bollettino ufficiale delle leggi e degli atti esecutivi ed entra in vigore il 1. gennaio 2016.

Bellinzona, 24 novembre 2015

Per il Gran Consiglio

Il Presidente: **L. Pagani**

Il Segretario generale: **G. Buzzini**

I SERVIZI DEL GRAN CONSIGLIO, visto il regolamento sulle deleghe del 24 agosto 1994, ordinano la pubblicazione della presente modifica di legge nel Bollettino ufficiale delle leggi (ris. 12 gennaio 2016 n. 2)

Per i Servizi del Gran Consiglio
Il Segretario generale: G. Buzzini

**Decreto legislativo
concernente la ratifica dell'Accordo intercantionale per la revoca
del Concordato sul commercio del bestiame (Convenzione intercantionale
sul commercio del bestiame del 13 settembre 1943) del 12 giugno 2014**

(del 23 novembre 2015)

IL GRAN CONSIGLIO
DELLA REPUBBLICA E CANTONE TICINO

visto il messaggio 30 settembre 2015 n. 7123 del Consiglio di Stato,

decreta:

EINGEG. EN

19. Dez. 2014

DGS	19. Dez. 2014
Z	Not
V	

Thurgau



21

Der Regierungsrat des Kantons Thurgau

Protokoll vom 16. Dezember 2014

Nr. 922

Interkantonale Vereinbarung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats (Interkantonale Übereinkunft über den Viehhandel vom 13. September 1943)

Gemäss § 1 des Gesetzes über die Ausübung des Viehhandels vom 19. Oktober 1935 (RB 916.48) ist der Regierungsrat ermächtigt, den Beitritt des Kantons Thurgau zur interkantonalen Übereinkunft betreffend die Ausübung des Viehhandels vom 1. Juli 1927 - heute: Interkantonale Übereinkunft über den Viehhandel (Viehhandelskonkordat) vom 13. September 1943 (RB 916.49) -, welche einen integrierenden Bestandteil dieses Gesetzes bildet, zu erklären. Das Viehhandelskonkordat trat nach der Genehmigung durch den Bundesrat und nach den erforderlichen Beitrittserklärungen auf den 1. Januar 1944 in Kraft und ist für alle Kantone und das Fürstentum Liechtenstein verbindlich.

Mit Schreiben vom 17. Januar 2014 des Vorortes des Viehhandelskonkordats wurde den Kantonen sowie dem Fürstentum Liechtenstein ein Entwurf vom 11. Dezember 2013 für eine interkantonale Vereinbarung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats zur Vernehmlassung unterbreitet. Diese Vernehmlassung ergab, dass neben dem Kanton Thurgau weitere 23 Kantone und das Fürstentum Liechtenstein die Aufhebung des Viehhandelskonkordats und die vorgeschlagene Verteilung des Konkordatsvermögens ausdrücklich und vorbehaltlos unterstützten. Mit Schreiben vom 10. Juli 2014 des Vorortes des Viehhandelskonkordats werden nun die Kantone und das Fürstentum Liechtenstein um Genehmigung eines Entwurfs vom 10. Juli 2014 für eine interkantonale Vereinbarung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats beziehungsweise um Ratifizierung dieser Vereinbarung durch das zuständige Organ ersucht.

Nach § 36 Abs. 2 der Thurgauer Kantonsverfassung (KV; RB 101) beschliesst der Grosse Rat über Staatsverträge und Konkordate, soweit nicht der Regierungsrat zuständig ist. Staatsverträge und Konkordate sind in ihrer Wirkung Gesetzen gleichgestellt. Gemäss § 43 Abs. 2 KV beschliesst der Regierungsrat mit Bund, Kantonen oder Staaten Vereinbarungen, die zum Gesetzesvollzug notwendig sind oder zu deren Abschluss ihn das Gesetz ermächtigt. Inhalt und Umfang der Ermächtigung müssen im Gesetz bestimmt werden (§ 43 Abs. 3 KV). § 1 des Gesetzes über die Ausübung des Viehhandels stellt eine gesetzliche Grundlage dar, die den Regierungsrat zum Ab-



2/2

schluss des Viehhandelskonkordats ermächtigt. Damit ist der Regierungsrat aber auch für die Aufhebung des Viehhandelskonkordats zuständig.

Mit dem Entwurf vom 10. Juli 2014 für eine interkantonale Vereinbarung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats vom 13. September 1943 wird die vorgeschlagene Aufhebungsvereinbarung gemäss Entwurf vom 11. Dezember 2013, mit welcher sich der Regierungsrat in seiner Vernehmlassung vom 25. März 2014 einverstanden erklärte (RRB Nr. 250 vom 25. März 2014), unverändert übernommen. Auch soll das Konkordatsvermögen, das per Ende 2013 rund 4.8 Mio. Franken betrug, weiterhin so verteilt werden, wie in der Vernehmlassung vorgeschlagen wurde. Demzufolge kann der Kanton Thurgau aufgrund des für ihn vorgesehenen Verteilschlüssels von 7.36% mit rund 350'000 Franken rechnen. Dieser Vermögensanteil ist auf das Konto Nr. 3940.4309.000 zugunsten des thurgauischen Tierseuchenfonds zu überweisen. Der interkantonalen Vereinbarung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats im Sinne des Entwurfs vom 10. Juli 2014 kann somit zugestimmt werden.

Auf Antrag des Departementes für Inneres und Volkswirtschaft

beschliesst der Regierungsrat:

1. Der interkantonalen Vereinbarung vom 10. Juli 2014 zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats (Interkantonale Übereinkunft über den Viehhandel vom 13. September 1943) wird zugestimmt.
2. Der dem Kanton Thurgau zustehende prozentuale Anteil am Konkordatsvermögen ist auf das Konto Nr. 3940.4309 zugunsten des thurgauischen Tierseuchenfonds zu überweisen.
3. Mitteilung an:
 - Vorort des Viehhandelskonkordats, c/o Departement Gesundheit und Soziales, Frau Regierungsrätin Susanne Hochuli, Präsidentin, Bachstrasse 15, 5001 Aarau
 - Veterinäramt
 - Landwirtschaftsamt
 - Staatskanzlei (zur Publikation im Amtsblatt, nach Ratifizierung durch alle Kantone)
 - Departement für Inneres und Volkswirtschaft (2, mit den Akten)

Für richtige Ausfertigung

Der Staatsschreiber



LANDRATS-SESSION vom 19. November 2014

Sitzung des Landrats vom Mittwoch, 19. November 2014, 08.00 Uhr, im Rathaus zu Altdorf

Vorsitz: Landratspräsident Markus Holzgang, Altdorf

Protokoll: Ratssekretärin Kristin Arnold Thalmann, Altdorf

Entschuldigungen: Dr. Heiner Göldi, Schattdorf
Roland Poletti, Schattdorf
Remo Christen, Hospental (Nachmittag)
Frau Landammann Dr. Heidi Z'graggen (ab 16.00 Uhr)
Volkswirtschaftsdirektor Urban Camenzind (ab 16.00 Uhr)

Beratungsgegenstände

Siehe Beilage

- 1 Einberufung des Landrats vom 3. Oktober 2014 (bereinigte Traktandenliste, Stand 29. Oktober 2014)

Geschäfte

1. Neue parlamentarische Vorstösse
 - 1.1 Allfällige Einreichung und Begründung neuer parlamentarischer Vorstösse
2. Detailberatung und Beschlussfassung
 - 2.1 Änderung der Gewässernutzungsverordnung (Verfahren und Entscheid bei Konkurrenzsituationen)

Baukommission und Regierungsrat Markus Züst, Vorsteher der Baudirektion, Altdorf

2.2 Revision der Verordnung über die Fischerei (Publikation von Bewilligungen)

Gesundheits-, Sozial- und Umweltkommission und Regierungsrätin Barbara Bär, Vorsteherin der Gesundheits-, Sozial- und Umweltdirektion, Altdorf

2.3 Änderung der Kantonalen Landwirtschaftsverordnung

Volkswirtschaftskommission und Regierungsrat Urban Camenzind, Vorsteher der Volkswirtschaftsdirektion, Bürglen

2.4 Beschluss über den Kredit für das Strassenbauprogramm (Periode 2015 bis 2020; Umsetzung der West-Ost-Verbindung)

Baukommission und Regierungsrat Markus Züst, Vorsteher der Baudirektion, Altdorf

2.5 Interkantonale Vereinbarung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats (Interkantonale Übereinkunft über den Viehhandel vom 13. September 1943)

Volkswirtschaftskommission und Regierungsrat Urban Camenzind, Vorsteher der Volkswirtschaftsdirektion, Bürglen

2.6 Rechenschaftsbericht über die kantonale Verwaltung des Kantons Uri für die Jahre 2012 und 2013

Staatspolitische Kommission und Frau Landammann Dr. Heidi Z'graggen, Vorsteherin des Landammannamts, Erstfeld

2.7 Rechenschaftsbericht über die Rechtspflege im Kanton Uri in den Jahren 2012 und 2013

Staatspolitische Kommission und Obergerichtspräsident Rolf Dittli, Altdorf

3. Schriftliche jährliche Berichterstattung der Kommissionen; mit Diskussion

3.1 Interparlamentarische Geschäftsprüfungskommission des Konkordats der Zentralschweizer BVG- und Stiftungsaufsicht (ZBSA)

4. Parlamentarische Vorstösse

- 4.1 Motion Christian Arnold, Seedorf, zu Anpassung der kantonalen Waldverordnung; Beratung und Beschlussfassung über die Erheblichkeit
- 4.2 Motion Andreas Bilger, Seedorf, zu Schaffung eines Gemeindegesetzes; Beratung und Beschlussfassung über die Erheblichkeit
- 4.3 Interpellation Paul Jans, Erstfeld, zu Besetzung der Alarm- und Einsatzzentrale in Flüelen; eventuelle Beratung
- 4.4 Motion Alois Arnold (1965), Bürglen, zu Änderung des Konkordats betreffend Laboratorium der Urkantone; Beratung und Beschlussfassung über die Erheblichkeit

5. Fragestunde

6. Begehren um Entlassung als Mitglied des Landrats

- 6.1 Entlassungsbegehren Paul M. Furrer, Erstfeld

Eröffnung der Sitzung

Landratspräsident Markus Holzgang, Altdorf, begrüsst zur November-Session. Er erwähnt die gemeinsame Sitzung der Paritätischen Kommission Brückenschlag Uri/Zürich und die Vorbereitungen zum geplanten Anlass mit dem Gemeinderat Zürich im 2015.

Weiter hält er fest, dass Veränderung dann nachhaltig ist, wenn sie von einer möglichst breiten Basis akzeptiert wird. Wichtig zur Schaffung von Akzeptanz sind Aufklärung, Transparenz und Kommunikation. Damit eröffnet er die Sitzung.

Geschäftsliste

Die Geschäftsliste wird genehmigt.

Diese Direktive wird vom Rat mit 45:14 Stimmen (1 Enthaltung) abgelehnt.

In der folgenden Abstimmung über den Antrag, die Vorlage mit den bereinigten Direktiven zurückzuweisen, beschliesst der Rat mit 45:13 Stimmen (2 Enthaltungen) die Rückweisung. Damit entfällt die Schlussabstimmung und das Geschäft wird mit folgenden Direktiven zurückgewiesen:

1. Der Regierungsrat hat mit der Vorlage zum Beschluss über den Kredit für das Strassenbauprogramm aufzuzeigen, wie das Strassenunterhaltsprogramm in den nächsten vier Jahren aussieht. Es soll aufgezeigt werden, welche Massnahmen einen direkten Zusammenhang mit der West-Ost-Verbindung haben und was das in Bezug auf die Kosten bedeutet.
2. Die Vorlage an den Landrat muss aufzeigen, welche flankierenden Massnahmen (FlaMa) aufgrund der Handlungsweisung im Richtplan im Sinne einer minimalen Ausbauvariante umgesetzt werden müssen. Zudem ist aufzuzeigen, wann die FlaMa umgesetzt werden sollen (zeitlich) und welche finanziellen Auswirkungen diese haben (Kosten FlaMa und ohnehin-Kosten).

Ordnungsantrag

Christian Arnold, Seedorf, beantragt, die Traktanden 2.6, 2.7 und 3.1 am Ende der Session zu behandeln respektive diese Traktanden - je nach Zeitbedarf - auf die Dezember-Session zu verschieben.

Dem Ordnungsantrag wird mit 51:7 Stimmen (2 Enthaltungen) zugestimmt.

2.5 Nr. 112 L-102 Interkantonale Vereinbarung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats (Interkantonale Übereinkunft über den Viehhandel vom 13. September 1943)

Siehe Beilagen

17 Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 16. September 2014

18 Antrag der landrätlichen Volkswirtschaftskommission vom 29. Oktober 2014

2.51 Eintreten

Céline Huber, Altdorf, beantragt, auf das Geschäft einzutreten. Den gleichen Antrag stellt Alois Arnold (1965), Bürglen.

Eintreten gilt als beschlossen.

2.52 Detailberatung

Keine Bemerkungen, die zu Beschlüssen führen.

2.53 Beschluss

Der Landrat beschliesst mit 59:1 Stimmen (0 Enthaltungen):

1. Dem Beschluss über die Genehmigung zur Interkantonalen Vereinbarung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats (Interkantonale Übereinkunft über den Viehhandel vom 13. September 1943) wird zugestimmt.
2. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

2.6 Rechenschaftsbericht über die kantonale Verwaltung des Kantons Uri für die Jahre 2012 und 2013

Das Geschäft unter diesem Traktandum wird auf die Dezember-Session verschoben.

2.7 Rechenschaftsbericht über die Rechtspflege im Kanton Uri in den Jahren 2012 und 2013

Das Geschäft unter diesem Traktandum wird auf die Dezember-Session verschoben.

3. Schriftliche jährliche Berichterstattung der Kommissionen; mit Diskussion

3.1 Interparlamentarische Geschäftsprüfungskommission des Konkordats der Zentralschweizer BVG- und Stiftungsaufsicht (ZBSA)

Das Geschäft unter diesem Traktandum wird nach Traktandum 5 beraten.

4. Parlamentarische Vorstösse

4.1 Nr. 113 L-272 Motion Christian Arnold, Seedorf, zu Anpassung der kantonalen Waldverordnung; Beratung und Beschlussfassung über die Erheblichkeit

ARRÊTÉ

916.91

**portant adhésion du Canton de Vaud à la Convention
intercantonale de dissolution du Concordat sur le
commerce de bétail (Convention intercantonale sur le
commerce de bétail du 13 septembre 1943)
du 12 juin 2014**

23

du 10 février 2016

LE CONSEIL D'ÉTAT DU CANTON DE VAUD

vu le décret du Grand Conseil du 17 novembre 2015 autorisant le Conseil d'Etat à adhérer à la Convention intercantonale de dissolution du Concordat sur le commerce de bétail (Convention intercantonale sur le commerce de bétail du 13 septembre 1943) du 12 juin 2014

vu le préavis du Département du territoire et de l'environnement

arrête

Art. 1

¹ Le Conseil d'Etat, au nom du Canton de Vaud, déclare adhérer à la Convention intercantonale de dissolution du Concordat sur le commerce de bétail (Convention intercantonale sur le commerce de bétail du 13 septembre 1943) du 12 juin 2014.

Art. 2

¹ Le Département du territoire et de l'environnement est chargé de l'exécution du présent arrêté qui entre en vigueur le 1er février 2016.

Donné, sous le sceau du Conseil d'Etat, à Lausanne, le 10 février 2016.

Le président :

Le chancelier :

P.-Y. Maillard

V. Grandjean



CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS

Présidence du Conseil d'Etat
Chancellerie d'Etat

Präsidium des Staatsrates
Staatskanzlei



2015.03865

24

Extrait du procès-verbal des séances du Conseil d'Etat

vu la loi abrogeant la loi d'adhésion au concordat sur l'exercice intercantonal du commerce de bétail, adoptée par le Grand Conseil le 27 avril 2015 ;

sur la proposition du Département de la santé, des affaires sociales et de la culture,

le Conseil d'Etat

porte

un arrêté fixant au 1^{er} novembre 2015 l'entrée en vigueur de la loi abrogeant la loi d'adhésion au concordat sur l'exercice intercantonal du commerce de bétail du 27 avril 2015.

Séance du **21 OCT. 2015**

Pour copie conforme,
Le chancelier d'Etat

Le Chancelier d'Etat



Distribution 3 extr. DSSC—
1 extr. CHE
1 extr. ACF
1 extr. IF



Auszug aus dem KR-Protokoll vom Donnerstag, 27. August 2015 (Vormittag)
Zeit: 08.30 Uhr bis 11.55 Uhr

TRAKTANDUM 7

**220 Interkantonale Vereinbarung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats
(Interkantonale Übereinkunft über den Viehhandel vom 13. September 1943):**

2. Lesung

Vorlage: 2493.4 - 14969 (Ergebnis der 1. Lesung im Kantonsrat).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass auf die zweite Lesung keine Anträge eingegangen sind.

SCHLUSSABSTIMMUNG

→ Der Rat stimmt der Vorlage mit 71 zu 0 Stimmen zu.

Es liegen keine parlamentarischen Vorstösse zum Abschreiben vor. Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

Rechtsetzung und politische Rechte**Erlasse des Kantonsrates****Beschluss des Kantonsrates
über den Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung
vom 12. Juni 2014 zur Aufhebung des Viehhandels-
konkordats**

(vom 2. März 2015)

Der Kantonsrat,

gestützt auf § 16 des Gesetzes über den gewerbmässigen Viehhandel vom 2. April 1922, nach Einsichtnahme in den Antrag des Regierungsrates vom 24. September 2014,

beschliesst:

I. Der Kanton Zürich tritt der Interkantonalen Vereinbarung vom 12. Juni 2014 zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats (Interkantonale Übereinkunft über den Viehhandel vom 13. September 1943) bei.

II. Der Beschluss untersteht nicht dem fakultativen Referendum.

III. Gegen diesen Beschluss kann innert 30 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, beim Verwaltungsgericht des Kantons Zürich Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerdeschrift muss einen Antrag und die Begründung enthalten.

Im Namen des Kantonsrates

Die Präsidentin:	Die Sekretärin:
Brigitta Johner	Barbara Bussmann

00103897

**Gesetz
über den gewerbsmässigen Viehhandel**

(vom 2. März 2015)

Der Kantonsrat,

nach Einsichtnahme in den Antrag an den Regierungsrat vom 24. September 2014,

beschliesst:

I. Das Gesetz über den gewerbsmässigen Viehhandel vom 2. April 1922 wird aufgehoben.

II. Diese Gesetzesaufhebung untersteht dem fakultativen Referendum.

Im Namen des Kantonsrates

Die Präsidentin:
Brigitta Johner

Die Sekretärin:
Barbara Bussmann

Datum der Veröffentlichung: **Freitag, 6. März 2015**

Ablauf der Referendumsfrist: **Dienstag, 5. Mai 2015**

00103901



REGIERUNG
DES FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN

27

Zu den Akten

Vaduz, 10. Dezember 2014
LNR 2014-1663 BNR 2014/1649
REG 9167/1

Aufhebung der Interkantonalen Übereinkunft über den Viehhandel

Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 9. Dezember 2014 folgende Entscheidung getroffen:

1. Liechtenstein stimmt der Interkantonalen Vereinbarung vom 12. Juni 2014 zur Aufhebung der Interkantonalen Übereinkunft über den Viehhandel vom 13. September 1943 zu.
2. Die Verordnung betreffend die Abänderung der Verordnung vom 17. Dezember 2002 über die Einhebung von Gebühren nach der Lebensmittel- und Tierseuchengesetzgebung wird genehmigt und erlassen.
3. Der Rechtsdienst der Regierung wird beauftragt, für die Publikation der Verordnung im Liechtensteinischen Landesgesetzblatt besorgt zu sein.

Mit der Bitte um Kenntnisnahme verbleiben wir

mit vorzüglicher Hochachtung

REGIERUNG
DES FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN

Diese Ausfertigung stimmt mit dem Protokoll der Regierungssitzung	
vom:	09. Dez. 2014 <i>h</i>
überein Der Regierungsssekretär	

Geht an

Amt für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen, Postplatz 2, Postfach 37, 9494 Schaan
Rechtsdienst der Regierung, Peter-Kaiser-Platz 2, Postfach 684, 9490 Vaduz

Zur Information

Ministerium für Gesellschaft, Regierungsgebäude, Peter-Kaiser-Platz 1, Postfach 684,
9490 Vaduz

Ministerium für Äusseres, Bildung und Kultur, Regierungsgebäude, Peter-Kaiser-Platz 1,
Postfach 684, 9490 Vaduz

Amt für Auswärtige Angelegenheiten, Heiligkreuz 14, Postfach 684, 9490 Vaduz